

Thomas Pfeiffer | Quincy C. Lobach (Hrsg.)

Effektive grenzüberschreitende Vollstreckung in der Europäischen Union

Anwendungsprobleme der EuVTVO, EuGFVO,
EuMahnVO und EuKPfVO



Nomos

Privatrecht – Wirtschaftsrecht – Verfahrensrecht

herausgegeben durch

das Institut für ausländisches und internationales
Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg

Prof. Dr. Christoph Kern
Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas Pfeiffer
Prof. Dr. Marc-Philippe Weller

Band 12

Thomas Pfeiffer | Quincy C. Lobach (Hrsg.)

Effektive grenzüberschreitende Vollstreckung in der Europäischen Union

Anwendungsprobleme der EuVTVO, EuGFVO,
EuMahnVO und EuKpFVO



Nomos



Dieses Projekt wurde finanziert durch das Justizprogramm der Europäischen Union (2014–2020). Der Inhalt dieses Dokuments stellt allein die Ansicht der Autoren dar und liegt in ihrer eigenen Verantwortung. Die Europäische Kommission lehnt jegliche Verantwortung für die Benutzung der enthaltenen Informationen ab.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-8667-1 (Print)

ISBN 978-3-7489-3038-9 (ePDF)



Onlineversion
Nomos eLibrary

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Dieser Band enthält die Schriftfassungen der Vorträge, die auf einer Online-Tagung im Rahmen der von der EU-Kommission finanzierten Studie „EFFORTS – Towards more effective enforcement of claims in civil and commercial matters within the EU“ am 17. September 2021 gehalten wurden.

Am Projekt beteiligt sind das Institut für ausländisches und internationales Privat- und Wirtschaftsrecht der Universität Heidelberg, die Università degli Studi di Milano (Koordination), die Vrije Universiteit Brussel, die Pravni fakultet Sveučilišta u Zagrebu, die Vilnius University und das Max Planck Institute Luxembourg for Procedural Law.

Das EFFORTS-Projekt hat zum Ziel, die Effektivität der grenzüberschreitenden Vollstreckung in der EU zu untersuchen. Es nimmt dabei – neben der Brüssel Ia-VO – vor allem die EuVTVO, EuMahnVO, EuGFVO und EuKpFVO in den Blick. Nach einer bewährten Vorgehensweise werden in den Mitgliedstaaten der beteiligten Institutionen unter anderem Tagungen durchgeführt, im Rahmen derer etwaige Probleme bei der Anwendung dieser Verordnungen aus Sicht des nationalen Rechts aufgedeckt und Lösungsansätze unterbreitet werden sollen. Die in Heidelberg gewonnenen Erkenntnisse einschließlich des vorliegenden Tagungsbandes sollen in die weiteren Schritte des Projekts einfließen und im Austausch mit den Projektpartnern weiterentwickelt werden. Dazu sind insbesondere eine internationale Tagung mit europäischer Perspektive in Luxemburg sowie eine Abschlusstagung in Mailand vorgesehen. Die Ergebnisse des Projekts sollen in Gestalt eines umfassenden Abschlussberichts sowie thematischer Einzelberichte vorgelegt werden.

Die Herausgeber möchten sich bei den Referenten und Diskutanten der Tagung sehr herzlich dafür bedanken, dass sie das Projekt durch ihre Beiträge mitgestaltet haben. Unser Dank gilt auch Herrn *Elias Krist* für seine Unterstützung bei der digitalen Durchführung der Tagung.

Heidelberg, den 3. November 2021

Thomas Pfeiffer & Quincy C. Lobach

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	9
Die Verordnungen des Europäischen Vollstreckungsrechts – rechtspolitische Hintergründe <i>Rolf Wagner</i>	13
Die Erfahrungen der Justiz mit der Europäischen Mahnverordnung <i>Johanna Richardt</i>	41
Herausforderungen bei der Anwendung der Europäischen Mahnverordnung <i>Robert Magnus</i>	49
Stand und Fortentwicklung der Europäischen Verordnung über geringfügige Forderungen <i>Wolfgang Hau</i>	77
Die europäische vorläufige Kontenpfändung: Konzept, Umsetzung, Bewährung <i>Peter Kreutz</i>	95
The EFFORTS German Exchange Seminar: Conference Report <i>Christoph Blüm & Louis M. Roer</i>	121
Autorenverzeichnis	127

Abkürzungsverzeichnis

Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22. Dezember 2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen
Brüssel II-VO	Verordnung (EG) Nr. 1347/2000 des Rates vom 29. Mai 2000 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung für die gemeinsamen Kinder der Ehegatten
Brüssel IIa-VO	Verordnung (EG) Nr. 2201/2003 des Rates vom 27. November 2003 über die Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1347/2000
Brüssel IIb-VO	Verordnung (EU) 2019/1111 des Rates vom 25. Juni 2019 über die Zuständigkeit, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Ehesachen und in Verfahren betreffend die elterliche Verantwortung und über internationale Kindesentführungen
DurchführungsVO EuKpFVO	Durchführungsverordnung (EU) 2016/1823 der Kommission vom 10. Oktober 2016 zur Festlegung der Formblätter nach Maßgabe der Verordnung (EU) Nr. 655/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Verfahrens für einen Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen
EuErbVO	Verordnung (EU) Nr. 650/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 4. Juli 2012 über die Zuständigkeit, das anzuwendende Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Annahme und Vollstreckung öffentlicher Urkunden in Erbsachen sowie zur Einführung eines Europäischen Nachlasszeugnisses
EuGFVO	Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
EU-GrCh	Charta der Grundrechte der Europäischen Union
EuGüVO	Verordnung (EU) 2016/1103 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung einer Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen des ehelichen Güterstands
EuGVÜ 1968	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen vom 27. September 1968
EuKpFVO	Verordnung (EU) Nr. 655/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 15. Mai 2014 zur Einführung eines Verfahrens für einen

Abkürzungsverzeichnis

	Europäischen Beschluss zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen
EuMahnVO	Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
EuInsVO	Verordnung (EU) 2015/848 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Mai 2015 über Insolvenzverfahren
EuPartVO	Verordnung (EU) 2016/1104 des Rates vom 24. Juni 2016 zur Durchführung der Verstärkten Zusammenarbeit im Bereich der Zuständigkeit, des anzuwendenden Rechts und der Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Fragen güterrechtlicher Wirkungen eingetragener Partnerschaften
EuUntVO	Verordnung (EG) Nr. 4/2009 des Rates vom 18. Dezember 2008 über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen und die Zusammenarbeit in Unterhaltssachen
EuVTVO	Verordnung (EG) Nr. 805/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 zur Einführung eines europäischen Vollstreckungstitels für unbestrittene Forderungen
EuZustVO	Verordnung (EG) Nr. 1393/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. November 2007 über die Zustellung gerichtlicher und außergerichtlicher Schriftstücke in Zivil- oder Handelssachen in den Mitgliedstaaten (Zustellung von Schriftstücken) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1348/2000 des Rates
KOM (2005) 87 endg.	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
KOM (2006) 618 endg.	Grünbuch zur effizienteren Vollstreckung von Urteilen in der Europäischen Union: Vorläufige Kontenpfändung
KOM (2011) 445 endg.	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines Europäischen Beschlusses zur vorläufigen Kontenpfändung im Hinblick auf die Erleichterung der grenzüberschreitenden Eintreibung von Forderungen in Zivil- und Handelssachen
KOM (2013) 794 endg.	Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
KOM (2013) 795 endg.	Bericht der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss – Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen
KOM (2015) 495 endg.	Bericht der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament, den Rat und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss über die Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 des Europäischen

	Parlaments und des Rates zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
Reform-VO	Verordnung (EU) 2015/2421 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 861/2007 zur Einführung eines europäischen Verfahrens für geringfügige Forderungen und der Verordnung (EG) Nr. 1896/2006 zur Einführung eines Europäischen Mahnverfahrens
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Juni 2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I)
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. Juli 2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II)

Die Verordnungen des Europäischen Vollstreckungsrechts – rechtspolitische Hintergründe

Rolf Wagner

Inhalt

I.	Einleitung	13
II.	Ausgangssituation	16
	1. Kompetenz und Rechtsform	17
	2. Erforderlichkeit eines Vollstreckbarerklärungsverfahrens	17
	3. Fehlender Überraschungseffekt bei der Vollstreckung aus einem Arrestbefehl nach der Brüssel I-VO	18
III.	EuVTVO	18
IV.	EuMahnVO	23
	1. Ursprungsfassung	23
	2. Änderungen der Ursprungsfassung der EuMahnVO	26
V.	EuGFVO	27
	1. Ursprungsfassung	27
	2. Änderungen der Ursprungsfassung der EuGFVO	30
VI.	EuKpFVO	32
VII.	Durchführung der Verordnungen im deutschen Recht	35
VIII.	Zusammenfassung	36
	Literaturverzeichnis	38

I. Einleitung

Bei den Verordnungen des Europäischen Vollstreckungsrechts handelt es sich um die EuVTVO, die (bereits überarbeitete) EuMahnVO, die (ebenfalls bereits reformierte) EuGFVO und die EuKpFVO. Diese Verordnungen, die mitunter auch als Verordnungen der „2. Generation“¹ umschrieben werden, beruhen allesamt auf Initiativen der Europäischen Kommission. Als Rechtsgrundlage diente immer die Kompetenz zur justiziellen Zu-

1 Siehe z.B. *Rademacher*, IPRax 2020, 85.